

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

1.10.1903 (No. 269)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 1. Oktober.

№ 269.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1903.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das
IV. Quartal
nimmt jede Postanstalt entgegen.
Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 26. September d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Obersten L. Mabrocardato, Flügeladjutanten Seiner Majestät des Königs von Rumänien, das Kommandeurkreuz I. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Offizieren, Unteroffizieren und Beamten des Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiments Nr. 4 die folgenden Auszeichnungen zu verleihen:

a. das Ritterkreuz II. Klasse mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen:

dem Hauptmann und Kompagniechef Grafen zu Reventlow;

b. das Ritterkreuz II. Klasse desselben Ordens: dem Oberleutnant von der Gardt;

c. die silberne Verdienstmedaille: dem Feldwebeln Schreiner und Stremmer und dem Büchsenmacher Zentgraf.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 18. September d. J. gnädigst gerührt, den Professor Dr. Karl Erhardt an der Höheren Mädchenschule in Seidelberg zum Direktor der Höheren Mädchenschule in Freiburg zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst gerührt, den Silberverwalter David Schneider wegen vorgerückten Alters auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 28. September d. J. wurden der zurzeit beurlaubte Bahnverwalter Hermann Sänger dem Großh. Betriebsinspektor in Willingen als Hilfsbeamter zugeteilt.

Bahnverwalter Andreas Baumann in Dinglingen nach Schaffhausen versetzt.

dem Betriebskontrollleur Franz Gram in Willingen das Stationsamt Dinglingen zur Vernehmung übertragen und

Stationskontrollleur Ferdinand Weyrether bei der Güterverwaltung Karlsruhe zur Zentralverwaltung versetzt.

Durch Entschliebung der Steuerrichtung vom 24. September d. J. wurde der Steuerrichtungsbeamte Brei nach dem Steuerrichtungsbeamten Gustav Schwenker in Oberbach und der Steuerrichtungsbeamte Eberbach dem Steuerrichtungsbeamten Rudolf Kränkel in Sinsheim, unter gleichzeitiger Ernennung des Letzteren zum Steuerrichtungsbeamten, übertragen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die ungarische Krise

ist wieder einmal — man kann nicht mehr mit Sicherheit sagen, das wievieltmal — an einem Wendepunkt angelangt. Das ungarische Abgeordnetenhaus hat gestern den Ministerpräsidenten niedergestimmt und das bezeichnende an diesem neuesten Schicksalsschlage, der den Grafen Kossuth trifft, ist, daß sich diesmal auch solche Abgeordnete gegen das Ministerium wandten, die sonst mit den Herren Kossuth und Barabas nichts zu tun haben mögen. Die Parlamente in Budapest und Wien kommen aus dem Krisenzustand nicht heraus, und doch fehlt es nicht an einem Rückblick. Was das österreichische Abgeordnetenhaus schuldbeladen ist: die energische Geltendmachung der Rechte Österreichs gegenüber den vertragswidrig von Ungarn erhobenen Ansprüchen an die gemeinsame Armee, das hat in der letzten Stunde der außerordentlichen Session das Herrenhaus zu erregen gesucht. Mit derselben Einmütig-

keit, welche das Herrenhaus schon bei der ersten Beratung des Referatengesetzes gezeigt hat, haben sich auch jetzt wieder seine drei Parteien für das abgeänderte Gesetz, aus diesem Anlaß aber auch für das Festhalten an den Ausgleichsgesetzen, an der Einheit der Armee und gegen jeden Versuch, mittelbar oder unmittelbar daran zu rütteln, ausgesprochen. Während das Volkshaus seine liebe Not hatte, seine inneren Spaltungen, Rivalitäten und Eifersüchteleien so weit zu überwinden, daß nach mehrfachem Fehlschlagen der Beschluß zustande kam, der die Entlassung der im dritten Jahre dienenden Mannschaft ermöglicht, konnte das Herrenhaus, das keine Obstruktion und keine Agitation kennt, unbehindert die ganze Frage der Krise des Dualismus anrollen, und seine Beratung war auch mehr eine feierliche Kundgebung als eine Debatte. Wenn im Abgeordnetenhaus nur ein wenig von dem Solidaritätsgefühl vorhanden wäre, das im Herrenhause Rechte, Linke und Zentrum auf einen einzigen honoren Afford stimmte, welche Unterstützung wäre das für die Regierung und wie ganz anders könnte Herr v. Koerber den ihm von der Krone verbürgten gesetzlichen Einfluß auf die Heeresangelegenheiten geltend machen! Nach dem trostlosen Verlaufe der Debatten in der Volksvertretung scheint aber die vom Herrenhause angeführte Fadel nur gerade hell genug zu leuchten, damit man sehen kann, wie finster es sonst in Oesterreich ist. Denn man kann sich nicht darüber täuschen: Gegenüber der aus den Tiefen des Volkes quellenden und darum so mächtigen Bewegung, die in Ungarn gegen die 1867er Gesetze brandet, ist die Kundgebung des Herrenhauses in ihrer Isolierung ein schwaches Bollwerk. An Patriotismus, an gesinnungstüchtiger Harmonie, selbst an rhetorischem Glanz hat es der Debatte nicht gemangelt, aber das Beste fehlt, wenn sich eine solche Kundgebung nicht auch auf dem festen Fundament aufbaut, das die Volksvertretung gewährt. Indessen, gerade weil von einer Versammlung, die sich aus den konservativsten Elementen aller Parteien zusammensetzt, in einer Kontroverse, die sich wesentlich um das Reservatrecht des gemeinsamen Monarchen dreht, nichts anderes zu erwarten war, als daß sie sich für die unveränderte Erhaltung des Bestehenden erklären werde, ist es bemerkenswert, daß die Debatte des Herrenhauses, wenn auch nicht in Inhalt und Tendenz, so doch im Tone wesentlich anders geführt wurde als die Debatte über denselben Gegenstand im Februar dieses Jahres. Während damals ziemlich scharfe Worte gegen die Separationsbestrebungen in Ungarn fielen, waren jetzt sämtliche Redner des Herrenhauses sichtlich bemüht, alles zu vermeiden, was in Ungarn reizen oder verletzen könnte, und sie schienen darin einem ausgegebenen Lösungswort zu folgen. Am auffallendsten aber ist die Zurückhaltung, deren die Regierung sich besitz. Was Herr v. Koerber zur Debatte des Herrenhauses beitrug, erinnerte nicht im entferntesten an seine scharf zugespitzte, den österreichischen Einfluß auf die gemeinsamen Fragen nachdrücklich betonende Rede im Abgeordnetenhaus. Er widerrief nichts davon, aber er bestätigte auch nichts davon. Der interessanteste Redner in der Debatte des Herrenhauses war Graf Friedrich Schönborn. Seine Rede war hauptsächlich der Berichtigung der staatsrechtlichen Irrtümer gewidmet, welche den sogenannten nationalen Aspirationen in Ungarn zugrunde liegen und von denen auch solche ungarische Staatsmänner sich nicht freizumachen wissen, die auf der Grundlage der 1867er Gesetze zu stehen behaupten und es mit der Aufrechterhaltung der dualistischen Verfassung redlich meinen. Seine juristische Beleuchtung der Verwechslung der Rechte, die der Monarch als König von Ungarn ausübt, mit den Rechten, die ihm durch das Ausgleichsgesetz in seiner Eigenschaft als Souverän beider Staatsgebiete und Kriegsherrn der gemeinsamen Armee übertragen wurden — eine Verwechslung, aus der alle Fehlschlüsse entspringen, mit denen in Ungarn die gesetzwidrige Einflußnahme auf die innere Organisation des Heeres als konstitutionell berechtigt dargestellt wird, kann als musterhaft angesehen werden. Nicht minder scharfsinnig sind die Bemerkungen des Grafen Schönborn über die in Ungarn grassierende Sucht, die gemeinsamen Angelegenheiten in Funktionen der einen und Funktionen der anderen Reichshälfte zu zerlegen. Namentlich die politischen Konsequenzen dieses Bestrebens zeigte der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes auf, und er wies überzeugend nach, daß dies nur zur politischen Schwächung beider Teile führt. Nicht zufällig haben sich zwischen der ungarischen Kossuth-Partei und den tschechischen Radikalen enge wahl-

verwandtschaftliche Beziehungen ergeben, daß der Armee neben dem ungarischen auch schon das tschechische Kommando zugeordnet wird. Wäre die Lehre von den Lebewesen, die keine Trennung vertragen, von jeher in Oesterreich beherzigt worden, so stünde manches besser in dem vielgeprüften Reich, und insbesondere der Staatsgedanke müßte sich nicht ins Herrenhaus flüchten, weil er im Abgeordnetenhaus kein Obdach findet. Wie das österreichische wird auch das ungarische Abgeordnetenhaus zum Tummelplatz politischer Erzeffe herabgewürdigt.

(Telegramme.)

* Budapest, 29. Sept. Abgeordnetenhaus. Apponyi erteilt den Abgeordneten Perczel, Andrássy, Rakowsky und Kubinyi für die unerlaubten Zwischenrufe in der letzten Sitzung einen Ordnungsruf. Abg. Barabas erklärt, in der letzten Sitzung sei ihm der Ausdruck: „Wir glauben dem königlichen Worte nicht“ in höchstgradiger Erregung irrtümlich entschlüpf. Er habe eigentlich sagen wollen: „Wir glauben nicht, daß dies das Wort des Königs sei“. Er bittet das Abgeordnetenhaus, das Wort als nicht gesprochen zu betrachten, da es ihm, wie jedem Ungarn, fern liege, die geheiligte Person des Königs absichtlich beleidigen zu wollen. (Beifall.) Apponyi (Kossuthpartei) spricht gegen die Rückbehaltung der Soldaten des dritten Jahrganges. Diese Verfügung sei ungesetzlich, die Regierung möge angewiesen werden, die Vollziehung des betreffenden Erlasses des Kriegsministers zu verhindern. Krafnay (Kossuthpartei) wendet sich gegen die Rede Koerbers, der mit ebensolcher Unwissenheit als bösem Willen sich in die Angelegenheit Ungarns gemengt habe. Graf Andrássy erklärt, die liberale Partei habe den Armeebefehl gleichfalls zur Sprache bringen wollen, doch die im Namen des Königs gemachten Erklärungen der Regierung hätten die Partei überzeugt, daß der Armeebefehl keine die Verfassung verletzenden Absichten enthalte habe. Er reicht sodann seinen von der liberalen Partei angenommenen Beschlusantrag ein, den der Präsident seinerzeit auf die Tagesordnung zu stellen erklärt hat. Der Ministerpräsident Graf Khuen erklärt, er halte es für seine Pflicht, sich über die letzte Rede des österreichischen Ministerpräsidenten Koerber zu äußern. Nach seiner Ueberzeugung haben die ungarischen Blätter Koerbers Rede unrichtig aufgefaßt. Koerbers Auffassung sei, daß er im Sinne der österreichischen Verfassung berechtigt sei, sich über die militärischen Fragen zu äußern und die Armee zu verteidigen, wenn er glaube, daß die Interessen derselben in der anderseitigen Reichshälfte nicht genügend gewahrt würden. Das Recht zu solcher Auffassung könne nicht bestritten werden. Auch er, Redner, habe im entgegengesetzten Falle hierzu das Recht. Er erkläre ganz bestimmt, daß er mit Koerber über die militärischen Fragen nicht verhandelt habe. Kossuth fordert im Interesse des Landes, daß über die Erklärung des Ministerpräsidenten morgen die Debatte eröffnet werde. Das Haus beschließt, morgen Sitzung zu halten. (Große Bewegung.)

* Budapest, 30. Sept. Die Blätter bezeichnen als Ursache des gestrigen Beschlusses im Abgeordnetenhaus den Umstand, daß die Mehrheit die Erklärung des Grafen Khuen gegenüber den Neußerungen des österreichischen Ministerpräsidenten nicht energisch genug gefunden und eine schärfere Zurückweisung der Stellungnahme von Koerber in der Armeefrage gefordert habe. Die Unabhängigkeitspartei beabsichtigt, in der heutigen Sitzung eine entsprechende Resolution einzubringen.

Handelspolitisches.

SRK. Berlin, 29. September.

Der „Frankfurter Zeitung“ wurde unter dem 23. d. M. aus Bern geschrieben, die deutsche Regierung habe dem schweizerischen Bundesrat eine bloße Revision des bestehenden Handelsvertrages vorgeschlagen, „weil sie dafür hält, für den revidierten Handelsvertrag bedürfe sie der Zustimmung des in Handelsachen ziemlich unberechenbaren Reichstags nicht“. Dieser Mitteilung muß, wie die „Frei. Ztg.“ mit Recht bemerkt, ein Mißverständnis zugrunde liegen. Selbstverständlich hält die deutsche Regierung dafür, daß ein „revidierter“ Handelsvertrag der Zustimmung des Reichstages ebenso bedarf, wie ein anderer. Denn wenn auch der künftige deutsch-schweizerische Handelsvertrag im Vergleich mit dem geltenden voraussichtlich dem Inhalt nach nicht allzuviel Neues enthalten dürfte, so wird doch formell das Ergebnis der Unterhandlungen ein neuer Vertrag sein, der als solcher behandelt werden muß. Einstweilen sollen für das Vertragswerk mit der Schweiz erst die Vorbesprechungen eröffnet werden. Diese werden am 9. Oktober beginnen und zwar, wie neuerdings verlautet, in Berlin.

Bei Anwendung der in den bestehenden Handelsverträgen enthaltenen Kündigungs Klausel glauben die beteiligten Staaten im allgemeinen ihren Interessen durch Wahrung der freien Hand am besten zu dienen. Eine Zusage, nicht kündigen zu wollen, ist unseres Wissens von

(Mit einer Beilage.)

keiner Macht einer anderen erteilt worden. Nach dem jüngsten Besuch des Reichskanzlers in Wien tauchten Andeutungen auf, als habe sich hierin etwas geändert. Diese Vermutungen sind aber nicht begründet.

Die bayrischen Staatsfinanzen.

* In der gestrigen (Dienstag-) Sitzung der bayerischen Abgeordnetenversammlung legte Finanzminister Dr. v. Kiedel den Budgetentwurf vor. Seinen Ausführungen entnehmen wir die folgenden wesentlichen Stellen:

Die Befriedigung, mit der ich in früheren Budgetreden die jeweiligen Rechnungsergebnisse verkündigen konnte, ist diesmal eine etwas geminderte; die Rechnungsnachweisungen lassen zwar für das Jahr 1900 noch einen stattlichen Aktiverest, nämlich von 17 831 749 M. ergeben, dagegen hat das Jahr 1901 mit einem Passivrest von 3 372 999 M. abgeschlossen und es liegt daher eine Schwankung von mehr als 21 Millionen Mark innerhalb ein und derselben Finanzperiode vor. Der ungünstige Abschluß des Jahres 1901 wurde hauptsächlich dadurch herbeigeführt, daß das Minderertragnis der Eisenbahnen in diesem Jahre rund 9 861 000 M. und das der Post rund 684 000 M., dann die Mehrausgabe bei den Pensionen usw. rund 2 Millionen bezifferte, daß jedoch das hierdurch veranlaßte Defizit durch erhöhte Erträge bei fast sämtlichen Einnahmetats und durch Erparungen bei den Staatsausgaben auf die Summe von 3 372 000 M. herabgemindert wurde. Es verbleibt hiernach für die ganze Finanzperiode 1900/1901 ein Aktiverest von 14 458 749 M. 71 Pf.

Die bezüglich des Budgets für die 27. Finanzperiode 1904 und 1905 anfänglich gehegten Befürchtungen waren übertrieben. Zwar kann ich unsere Finanzlage auch heute noch nicht ganz gesund erklären, allein der Patient befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung, und wenn er die richtige Diät beobachtet und einige stärkende Mittel empfängt, und wenn es gelingt, ihn vor empfindlichen Luftströmungen zu schützen, deren Abwendung leider nicht ganz in unserer Macht liegt, dann wird die völlige Genesung nicht lange auf sich warten lassen. Die Strömungen, die ich im Auge habe, bestehen namentlich in einer zu starken oder zu raschen Vermehrung unserer Staatsschulden, sowie in einer etwaigen Mehrbelastung durch finanzielle Leistungen an das Reich. Das Emporschnellen des diesmaligen Staatsschuldentats mit einem jährlichen Mehrbedarf von 6 1/2 Millionen hat die Bilanzierung des Budgets außerordentlich erschwert. Gleichwohl wird die künftige Staatsregierung, von der Ansicht ausgehend, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auch in milder günstigen Verhältnisse werden solle, dem Landtage den zugewandten, insbesondere für das platte Land wichtigen Entwurf einer Lokalbahngesetzes in Vorlage bringen.

Sagt in jeder Budgetrede der letzten Zeit habe ich die Notwendigkeit einer befriedigenden Ordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten hervorgehoben, und ich erachte mich verpflichtet, diesen Gegenstand abermals zu berühren. Wenn bisher nichts Geselltes geschah, so sind daran weder die Regierungen noch einzelne Persönlichkeiten schuld, sondern lediglich eine Reihe außerordentlich ungünstiger Verhältnisse. Gegenwärtig aber gibt es in Deutschland wohl keinen ernsthaften Politiker und Vaterlandsfreund, der nicht die Neuregelung jener Beziehungen für dringender geboten erachtete, denn Zusatzen anleihen zur Deduktion laufender Ausgaben können und dürfen im Reiche nicht zur Regel werden, und die Einzelstaaten vermögen die Mittel für finanzielle Leistungen an das Reich in einer die Ueberweisungen übersteigenden Höhe auf die Dauer nicht aufzubringen, wenn sie fernerhin ihre eigenen Aufgaben erfüllen sollen. Eine vollkommene Erschöpfung des Reichsfinanzreform wird vor der definitiven Gestaltung unserer Verhältnisse nicht wohl möglich sein, aber eine Umbildung ist gewiß tunlich und sollte nicht verzögert werden; es wird sich auch nach meiner bescheidenen Meinung nicht umgehen lassen, für das Reich schon in nächster Zeit die eine oder andere neue Einnahme zu schaffen, damit sich das schon bestehende Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht allzu stark erweitert. Gerade bei der Bestimmung neuer Einnahmequellen sind aber Bayern und die süddeutschen Staaten wegen ihrer eigenartigen Verhältnisse in besonderem Grade beteiligt; ich habe daher schon vor Jahren bei dem erstmaligen Versuche der Herbeiführung einer Reichsfinanzreform allen Ernstes auf eine Gestaltung derselben hingewirkt, welche geeignet gewesen wäre, Bayern gegen alle Eventualitäten möglichst zu schützen. Das Bestreben, das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen, und die Fürsorge für die Selbstständigkeit der Einzelstaaten, war die einzige Triebfeder unseres damaligen Vorgehens; der Gedanke an eine Schmälerung der Rechte der Volksvertretung lag uns gänzlich ferne, und daß auch die Einführung neuer Steuern nicht unnötig gewesen wäre, ist wohl heute klar, denn es läßt sich nicht bestreiten, daß das Reich gegenwärtig nicht unter einer so großen Schuldenlast zu leiden würde, wenn man den Regierungen anfragen seinerzeit entgegengekommen wäre. Ich erinnere an diese längst vergangenen Dinge nur deshalb, um einige bislang obwaltende Mißverständnisse im Interesse der Sache zu beseitigen.

Das Budget der 27. Finanzperiode schließt in Einnahme und Ausgabe mit einem Betrag von 473 050 948 M. ab, d. i. gegenüber dem Budget der 26. Finanzperiode mit einem Mehr von 18 146 257 M., und gegenüber dem ersten Budget (1878/79), das ich zu vertreten hatte, mit einem Plus von 251 417 600 M. Der Mehrbetrag der Ausgaben, wovon 10 716 127 M. auf Betriebs- und Verwaltungsausgaben und 7 430 040 M. auf den eigentlichen Staatsaufwand treffen, wäre jedenfalls beträchtlich höher, wenn sich die Ministerien nicht ernstlich bemüht hätten, möglichst Sparmaßnahmen zu treffen. Zu dem immerhin noch recht erheblichen Mehrbedarf für die Staatsaufwandsausgaben tritt noch abgleicherischerweise der Umstand hinzu, daß der Etat der Zölle und indirekten Steuern infolge des Rückganges des Malzaufschlags mit einem Minderertragnis von rund 1 1/2 Millionen abschließt, wofür Ersatz zu schaffen ist. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten kann die Abgleichung des Budgets, und zwar auf vollkommen einwandfreier Grundlage, ohne Erhöhung der direkten Steuern stattfinden, sofern der Landtag geneigt ist, dem Gesetzentwurf bezüglich des Gebührens und der Erbschaftsteuer, den ich soeben eingebracht habe, seine Zustimmung zu erteilen. Derselbe schlägt unter Vorbehalt einiger Ausnahmen vor, für die Dauer der 27. Finanzperiode, sonach in provisorischer Weise, die nach dem Gesetze über das Gebührens- und Erbschaftssteuerumgesetzungs vom 11. November 1899 anfallenden Gebühren und die nach dem Gesetze über die Erbschaftsteuer vom gleichen Tage sich ergebenden Erbschaftsteuern um je zehn vom Hundert zu erhöhen. Da eine derartige Erhöhung namentlich im Hinblick auf die vielen in den letzten Jahren eingetretenen Gehührenerleichterungen nicht wohl als drückend zu erachten ist und sich überdies in einfacher Weise vollziehen läßt, so kann ich die Annahme des Entwurfes nur dringend befürworten. Hierdurch würde ein Einnahmezusatz von etwa 2 1/2 Millionen und zugleich die Möglichkeit geschaffen, den Etat der Erbschaftsteuern, Gebühren und

Stempelabgaben unter Berücksichtigung des Durchschnittsanfalles der letzten Jahre mit einem Gesamtertragnisse von 3 154 360 M. abzuschließen.

Für die Pfälzischen Eisenbahnen ist kein Zuschuß eingestellt, es ist vielmehr von ihnen eine mit 400 000 M. etatierter Ablieferung an die Staatskasse zu erwarten. Bezüglich der sonstigen Staatsaufwandsätze sind besondere Bemerkungen nicht veranlaßt. Der Nettoertrag der Staatseinnahmen beläuft sich nach Abzug der hiermit in Verbindung stehenden Verwaltungsausgaben auf 251 755 068 M. Die Einnahmetats ergeben mit Ausnahme des bereits erwähnten Ausfalles bei dem Etat der Zölle und indirekten Steuern fast sämtlich günstigere Abschüsse als in der 26. Finanzperiode. Der Etat der Eisenbahnenverwaltung schließt ab mit 184 299 100 M. Einnahmen, und 133 835 920 M. Ausgaben, wofür mit einem Ueberschuß von 50 463 180 M. Dieser Aktiverest ist zwar gegenüber jenem der 26. Finanzperiode um 4 116 670 M. höher, reicht jedoch gleichwohl zur Vorkostung der Zinsen und Verwaltungskosten für die Eisenbahnen, sowie der Pensionen und Subventionen des Eisenbahnpersonals nicht aus; es verbleibt vielmehr ein Fehlbetrag von rund 2 Millionen, welche aus anderen Staatsfonds zu decken sind, ein Verhältnis, dessen Verringerung ernstlich anzustreben sein wird.

Das Budget vermeidet nicht bloß etwaige Kürzungen an den in besseren Zeiten, zum Teile ziemlich reich bemessenen freiwilligen Leistungen der Staatskasse, sondern bietet auch genügende Mittel zur Erfüllung der Staatsaufgaben und zur weiteren Förderung der öffentlichen Wohlfahrt, und ich könnte daher meinen Vortrag ohne besondere Sorge und Verbitnis schließen, wenn nicht eine Frage von großer Bedeutung ungelöst bliebe, das ist die Frage der Aufbesserung der Gehälter der Beamten und Bediensteten des Staates. Ich möchte keine unerfüllbaren Hoffnungen erwecken, allein ich bin der Meinung, daß noch in dieser Session etwas geschehen könnte, wenn die ansehnlich in Ansehung befindliche Besserung der Eisenbahnertragnisse und der Verkehrsverhältnisse überhaupt anhält, und wenn allenthalben eine zielbewusste und selbstlose Sparsamkeit im Staatshaushalt obwaltet.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 30. September.

* (Zur Durlacher Rede des Herrn Ministers Dr. Schenk) schreibt die „Süddeutsche Reichs-Korrespondenz“: Die Offenheit, mit der auf dem sozialdemokratischen Parteitag, die Genossen, über gegenseitige persönliche Anfeindung hinweg, ihre Einigkeit in der revolutionären Befämpfung von Monarchie und bürgerlicher Gesellschaftsordnung vor aller Welt kundzutun für angemessen erachteten, hat unzweifelhaft ihr Gutes. Sie muß allen, die gewillt sind, die staatliche Ordnung gegen gewalttätige Angriffe zu schützen, die Notwendigkeit gemeinsamen Kampfes gegen eine Partei, die sich selbst außerhalb dieser Staatsordnung stellt, als Bürgerpflicht erkennen lassen. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit kann in ihrer Folgerichtigkeit auch nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß man sich sagt, das sozialdemokratische Endziel sei überhaupt nicht zu erreichen, wenn nicht der Staat sich selbst aufgeben will. Selbst wenn man dieses Endziel aus der politischen Rechnung ausschneidet und sich nur an die „Bewegung“ hält, die ja nach dem Revisionisten Verstein „alles“ sein soll, selbst dann muß jeder einseitige Staatsbürger die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie erkennen, denn die offen zutage tretenden Wirkungen dieser Bewegung kommen einer fieseln, planmäßigen und zielbewussten Untergrabung der staatlichen Ordnung gleich. Im Gefühl der Sicherheit, welches der durch die Charakterfestigkeit des deutschen Beamtenums verburgtete geregelte Gang der Staatsverwaltung dem einzelnen gibt, verlieren viele den Maßstab, mit dem die sozialdemokratische Propaganda gemessen werden muß. Der unausgesetzte von den Verführern und der sozialdemokratischen Presse geführte Kampf gegen die staatliche Autorität, versteht man täusche sich darüber nicht, vielfach die gewollte Wirkung nicht; Zeuge dessen die „Wittläufer“ unter der sozialdemokratischen Genossenschaft. Wohin der Weg gehen soll, das ist auf dem Dresdener Parteitag rückhaltlos bekannt worden. Wenn nun unter dem Eindruck dieser Herausforderung der bürgerlichen Parteien die Mahnung, sich nicht vom Sozialdemokraten umgarnen zu lassen, neuerdings erhoben wird, so sollte man hoffen dürfen, daß sie nach Gebühr gewürdigt wird, umso mehr gewürdigt, wenn sie von einem Manne ausgeht, der sich als ein einseitiger und wohlwollender Sozialpolitiker längst bemährt hat. Daher verdient die Rede, die soeben der badische Minister des Innern, Herr Dr. Schenk, auf einem anlässlich der Durlacher Landwirtschaflichen Genußausstellung veranstalteten Festmahl gehalten, nachhaltige Beachtung. Schenk hat als Rezipient für Sozialpolitik unter Minister Eisenlocher und dann als dessen Nachfolger in der Leitung des Ministeriums jene Richtung in der badischen Arbeiterwohlfahrtspolitik eingeschlagen und fortgeführt, die es einem Würdigen erst ermöglichen sollte, sich zu betätigen. Wenn der Ruf dieser badischen sozialdemokratischen Arbeiterpolitik seit langen Jahren im Reiche festbegründet ist, darf Schenk ein gutes Stück des Verdienstes für sich beanspruchen. ... Möge sein Mahnwort gegen die Sozialdemokratie Beachtung und Befolgung finden.

(Waurat Otto Strauß.) Am Samstag, den 26. d. M., fand in Freiburg die Beisetzungsfeier für den am 24. d. M. dafelbst gestorbenen Herrn Waurat Otto Strauß, Mitglied der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen, statt. Die außerordentlich zahlreiche Beteiligung gab Zeugnis von der Verehrung und treuen Anhänglichkeit, deren sich der Verstorbenen in weiten Kreisen zu erfreuen hatte. Vor allem war Seine Erzelenz Herr Staatsminister Dr. v. Trauer erschienen, welcher schon zuvor in einem Schreiben die dienstliche Tätigkeit und die Charaktereigenschaften des bewährten Beamten wohlwollend gewürdigt hatte u. nun durch seine Anwesenheit dem Verstorbenen, wie den Beamten der Großh. Eisenbahnverwaltung überhaupt, eine besondere Ehrung erwies. Außerdem hatte sich das Kollegium der Großh. Generaldirektion fast vollständig und mit ihm eine große Zahl anderer Beamten dieser Behörde, fast sämtliche Bahnbauinspektoren des Landes, frühere Mit- und Unterbeamte, das dienstfreie Bahnpersonal von Freiburg, sowie viele der zahlreichen Freunde eingefunden, die sich der Verstorbenen durch sein selbstloses, schlichtes Wesen, seinen lauten und zuverlässigen Charakter und seine vornehme Denkwürdigkeit erworben hat. Nachdem Herr Stadtpfarrer Dr. Meinen den Lebensgang des Verstorbenen dargelegt und der Persönlichkeit desselben in ehrenden Worten gedacht hatte, widmete der Generaldirektor der Großh. Staatseisenbahnen, Herr Geh. Oberregierungsrat Roth, dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf, indem er dessen in 33jähriger dienstlicher Laufbahn bewährte Arbeitsfreudigkeit und berufliche Tüchtigkeit, sowie dessen Charaktereigenschaften rühmend hervorhob und namens des Kollegiums als letzten Scheidegruß einen Kranz am Grabe niederlegte. Ferner legten Kränze nieder: Herr Bürgermeister Dr. Weihs namens der Stadt Eberbach, deren Ehrenbürger der Verstorbenen war, wobei der Verdienst des Verstorbenen um die Stadt und der allgemeinen Verehrung gedacht wurde, die sich derselbe während seiner 18jährigen dienstlichen Tätigkeit dafelbst zu erwerben wußte, sowie Herr Waurat Freiherr v. Teuffel von Karlsruhe im Namen der Bahnbauinspektoren des Landes, denen der Verstorbenen ein zu-

verlässiger, bewährter Kollege war. Eine weitere Kranzspende hatten die Zentralinspektoren und Regierungsbauingenieur der Großh. Generaldirektion gewidmet. Dem Verstorbenen wird nicht nur bei seinen Angehörigen, an denen er mit treuer Liebe hing, bei seinen Kollegen und zahlreichen Freunden, sondern überall, wo man sein biederer, einfaches und tüchtiges Wesen kannte, ein treues Andenken bewahrt bleiben.

* (Kranken- und Sterbefälle „Badenia“ [E. G. Nr. 6] in Karlsruhe.) Die Liquidation der unter dem 30. Juni d. J. geschlossenen Kranzengeld- und Sterbefälle „Badenia“, E. G. Nr. 6, ist nunmehr durchgeführt und die Schlussverteilung hat am 25. d. M. stattgefunden. An „Aktiva“ sind im Ganzen vorhanden 182.19 M., an „Passiva“ (angemeldete Krankenunterstützungen, sonstige Forderungen und Gerichtsportale usw.) 307.27 M., es besteht hiernach eine Ueberschuldung von 175.18 M., und es kann nur eine Deckung der Schuldsumme in der Höhe von rund 43 Prozent stattfinden.

* (Ein öffentliches Vorspiel) findet vermittels der Phonola im Pianomagazin des Herrn S. Maurer hier am Sonntag, den 4. Oktober, vormittags 11 1/2 Uhr, statt.

* (Rahmaschienenfabrik Karlsruhe.) Nach dem in der gestrigen Generalversammlung der Rahmaschienenfabrik Karlsruhe vorm. Gaid & Neu vorgetragenen Bericht der Direktion war der Absatz der Fabrikate der Rahmaschienenfabrik und Eisenbahnteile im verfloffenen Geschäftsjahre sehr befriedigend und schloß Bilanz und Gewinn- und Verlustkonto mit einem verteilbaren Reingewinn von 295 513.56 M. ab. Hiervon werden 15 Proz., das ist 150 M., auf die Aktie, als Dividende an die Aktionäre verteilt und 15 000 M. dem Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds zugewiesen; 40 000 M. werden für Neuanstellungen anlässlich der zurzeit stattfindenden Vergrößerung der Fabrik in Reserve gestellt und der gleiche Betrag dem Ueberschuss-Aufbesserungsfonds zugewiesen. Auch im neuen Jahre ist die Fabrik sehr gut beschäftigt. Die Generalversammlung genehmigte sämtliche Anträge der Direktion und erteilte dem Aufsichtsrat und der Direktion Entlassung.

* (Sitzung der Strafkammer II vom 29. September.) Vorsitzender: Landgerichtsrat König. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm. — In der Anklage gegen den Anwalt Christian Celschläger aus Breiten wegen Körperverletzung, Verwundung und Sachbeschädigung erkannte der Gerichtshof auf 6 Monate und 1 Woche Gefängnis, abzüglich 1 Monat und 1 Woche Untersuchungshaft. — Der Steinbrecher Silvio Rangel aus Rietzen, der am Nachmittag des 21. August bei einem Neubau in der St. Georgenstraße zu Forstheim nach vorausgegangenem Wortwechsel auf den Tagelöhner Belloni aus einem Revolver einen starken Schuß abfeuerte, ohne glücklich zu sein, wurde zu 1 Jahr, erhielt wegen Verwundung 6 Monate Gefängnis. — Unter Ausschluß der Öffentlichkeit kam die Anklage gegen den Landwirt Karl Friedrich Frisinger aus Göbrichen wegen Eitelkeitsverbrechens zur Verhandlung. Das Urteil lautet unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Von der Anklage wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports wurde der Stationswärter der badischen Lokalbahnstation in Elmendingen, Wilhelm Gohmann aus Niederlaufingen, freigesprochen.

* Heidelberg, 28. Sept. Bei der vom 24. bis 26. September in Karlsruhe abgehaltenen Herbstprüfung erzielten vom Pädagogium Neuenheim in Heidelberg 13 Lehramtskandidaten die Berechtigung für den einjährigen-freiwilligen Militärdienst. Vierziges Jahres waren es 11 Schüler und in den letzten Jahren insgesamt 88 Schüler des Pädagogiums Neuenheim, die sich die einjährige Berechtigung erworben. Sodann traten im April d. J. in die Ober-Gebunda 3, im 12. September ein Schüler über und außerdem im April dieses Jahres 3 Schüler in die Prima höherer Schulen. Endlich sei noch erwähnt, daß 4 Schüler, die bis zur Prima ihre Vorbildung im Pädagogium Neuenheim erlangt haben, inzwischen die Abmaturprüfung abgelegt haben. Die Namen der Schüler sind im Schulberichte angeführt.

* Vom Bodensee, 29. Sept. Die Nachfrage nach Obst hat sich in der zweiten Septemberhälfte ungemein gesteigert und die Händler bezogen teilweise bei den Produzenten Quartier, um sich möglichst frühzeitig ihren Bedarf zu sichern. Am reichlichsten sind die Birnen geraten, welche, infoweit dies Motiviert anbelangt, heute mit 10 M. per Doppelzentner bezahlt wurde, während Äpfel 15, 16 und 18 Pf. per Kilo kosteten. Zwischen gelben zurzeit 12 bis 15 Pf. per Kilo. Besonders lebhaft hat sich der Obstverkehr in Bodman, Ludwigsbafen und Sippplingen entfaltet. — Die atmosphärische Wärme erreichte Sonntag in Konstanz +19 Grad Celsius, während der niedrige Stand, gestern früh, +12 Grad Celsius betrug. Die Wein- und Obstgärtner sehen in Anbetracht der schönen Witterung und des günstigen Standes der Reben einen guten Produktenergegnen, vorausgesetzt, daß die Weinlese nicht allzu früh, sondern tüchtig spät vollzogen wird.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Die in Heidelberg vermittelten vier Grenadiere haben, wie gemeldet wird, Verwendung gegen das Urteil des Kriegsgerichts eingelegt. — In Wankendorf brannten gestern nacht vier Scheuern nieder. Die Abgebrannten sollen versichert sein. — Verhaftet wurde gestern nacht auf dem Freiburger Bahnhofe ein junger Mann, der bei einem Freiburger Kaufmann bedientet war und nach 600 M. unterschlagen hat. — Am Montag, den 5. Oktober, können die Johann Dillger Eheleute in Pörsching (A. Furtwangen) das seltene Tier der goldenen Schatzzeit bekommen. — In Kirchdorf (A. Billingen) brannte dort von zwei Familien bewohntes Leihgebäude der Frau Reimann-Weber hoch Wüste nieder. — Wie aus Erdmannweiler Gemend wird, fiel dort das Gasthaus zur „Sonne“ einem Brand zum Opfer. — In Degerfelden (A. Lorch) fiel das dreiflügelige Schloß des Bahnarbeiters Friedrich Schwemmerger in einem unbemerkten Augenblick in einen Haufen trockenen Stroh. Es hat sich derart verbrüht, daß es, lt. „Oberl. Bote“, bald darauf gestorben ist.

St. L. A. Am 30. September 1903 waren — soweit Berichte vorliegen — im Großherzogtum durch Raul und Klauen eine keine Gemeinde, dagegen durch Schweinseuche 7 Amtsbezirke mit 11 Gemeinden verheert und zwar: Amtsbezirk Waldshut mit 1 Gemeinde, Emmendingen (4), Freiburg (2), Staufen (1), Waldkirch (1), Heidelberg (1) und Mosbach (1).

Der russische Kaiser in Oesterreich.

(Telegramme.)

* Darmstadt, 30. Sept. Seine Majestät der Kaiser von Rußland reiste gestern nachmittag 4 Uhr nach Wien ab und wird am 4. Oktober hier selbst zurück erwartet.

* Wien, 30. Sept. Seine Majestät der Kaiser von Rußland ist um halb 11 Uhr vormittags mit den Herren des Gefolges, darunter der Minister des Aeußern, Lamsdorf, auf dem prachtvoll geschmückten Bahnhofs eingetroffen und von Seiner Majestät dem Kaiser

Franz Joseph, den Erzherzogen, den Ministern, dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Wien, dem österreichisch-ungarischen Botschafter in St. Petersburg, dem Stadtkommandanten u. a. empfangen worden. Der Ehrendienst war dem Kaiser entgegen gefahren. Die Begrüßung war sehr herzlich, beide Monarchen schüttelten einander die Hände und küßten sich zweimal. Nachdem die Ehrenkompanie abgeschritten war, erfolgte die Vorstellung der Erzherzoge und der beiderseitigen Gefolge. Darauf führten die beiden Kaiser unter stürmischen Ovationen der zahlreich versammelten Menge nach dem Schönbrunner Schloß. Auf dem ganzen Wege bildeten Truppen Spalier. Im Schloße wurde der Kaiser von den Erzherzoginnen und den obersten Hofwürdenträgern empfangen. Darauf zogen sich die Monarchen in ihre Gemächer zurück. Um 11 1/2 Uhr fand Frühstückstafel statt. Um 2 1/4 Uhr erfolgte die Abfahrt nach Muerzsteg.

Das Urteil im Nischer Prozeß.

Belgrad, 29. Sept. Das Urteil im Nischer Prozeß wurde heute gefällt. Die Hauptleute Rowatowitsch und Lazarewitsch wurden zu 2 Jahren Gefängnis und Verlust ihrer Charge, Leutnant Donbarewitsch zu einem Jahr, die Oberleutnant Ragumerski und Witkisch zu zehn Monaten, die Leutnants Todorowitsch, Georgewitsch und Andritsch zu acht Monaten, Major Welischkowitz und Hauptmann Lonwifewitsch zu einem Monat, die übrigen Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Belgrad, 30. Sept. Zur Beurteilung der Nischer Offiziere wird der Narodni List mitgeteilt: Die Angeklagten stellten vor Fällung des Urteils das Verlangen, daß ihre Angelegenheit dem Offizierkorps zur Entscheidung vorgelegt werde. Sie hätten zugleich erklärt, für den Fall, daß die Mehrheit der Offiziere ihr Verhalten nicht billigen sollte, würden sie ohne weiteres bedeutend strengere Strafen annehmen; sie seien jedoch überzeugt, daß Dreiviertel des Offizierkorps ihre Haltung billigen würde.

Zur macedonischen Frage.

Konstantinopel, 28. Sept. Bei dem Besuche, welchen der serbische Geschäftsträger Christitsch dem Großwesir machte, erklärte letzterer, daß das wegen der offiziellen Anerkennung der serbischen Nationalität in Mace donien gemachte Versprechen gehalten und durchgeführt werden würde und daß die unter dem Generalkonsul Glimi-Bascha eingesetzte gemischte Kommission zur Durchführung des österreichisch-ungarisch-russischen Reformprogramms auch der Beginn der Erfüllung dieses Versprechens sei. Ähnliche Erklärungen soll der Großwesir heute dem rumänischen Gesandten Labovary betreffs der fuzonalachischen Nationalität gegeben haben. Zum Wiederaufbau der in einigen Dörfern der europäischen Türkei von bulgarischen Räubern niedergebrannten Wohnungen der armen Bevölkerung spendete der Sultan aus seiner Privatschatulle 1000 türkische Pfund und ordnete an, daß weitere 4000 Pfund von der Hofkammer zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Konstantinopel, 30. Sept. Die Einigung aller Mächte über die österreichisch-ungarisch-russische Aktion, sowie die gleichlautenden Berichte aller Mächte, machten auf die Hofe einen außerordentlichen Eindruck. Auf diesen Eindruck und auf die angebotene Verständigung mit Bulgarien sind die Befehle zurückzuführen, die die Hofe an den Gewerbeinspektoren, sowie an alle Militär- und Zivilbehörden erlassen hat, und welche dahin gehen, die bulgarische Bevölkerung nicht zu vergewaltigen, sondern nur das Vandalenunwesen energischer zu unterdrücken. Nachrichten aus Sofia zufolge sollen die bulgarische Regierung und die Kirchenbehörde bemüht sein, die Komiteeleitung zur Einstellung der Bewegung zu veranlassen, indem sie darauf hinweisen, daß bei einer Fortdauer der Vandalenbewegung die bulgarische Bevölkerung in Mace donien teils ausgerottet, teils sehr geschwächt werde. Die Redivision Smyrna soll in das Grenzgebiet des Sandchaks Ueslib, die Redivision Konia in den Sandchak Seres verlegt werden, um als Reserve heranzutreten, falls die bei Kistenil versammelten Mace donier eine große Einbruchaktion versuchen sollten. Die Verlegung dieser beiden Divisionen nach dem Vilajet Adrianopel ist somit ausgegeben.

Sofia, 30. Sept. Der Ministerpräsident Petrow empfing gestern eine Abordnung der macedonischen Komitee Sofia, welche ihn fragte, welche Haltung die bulgarische Regierung einnehmen werde gegenüber der macedonischen Frage und wie die Regierung den Fall eines Angriffs gegen die Türkei ins Auge fasse. Der Ministerpräsident antwortete, keiner anderen Regierung lägen die Interessen der Mace donier und Adrianopolitaner mehr am Herzen, als der eigenen. Der Gesichtspunkt der Regierung, welche immer die

Freundschaft der Türkei und vollständige Uebereinstimmung in allen Streitfragen nachgesucht habe, sei durch die jüngsten Ereignisse nicht geändert. Die Regierung verfolge die Ereignisse mit dem Interesse, welches sie zulassen und vernachlässigen niemals das Recht noch die Pflicht, ihren Landsleuten zu nützen, besonders in einem tatsächlich so ernstlichen Augenblick, so daß sie in den Interessen der Brüder in Mace donien und Adrianopel ihr eigenes Interesse sehen werde, ohne indes die vitalen Interessen Bulgariens aufs Spiel zu setzen. Er fügte hinzu, für jede bulgarische Regierung müßten die Interessen und die Sicherheit Bulgariens den Vortritt haben, vor der Sympathie und den Pflichten gegenüber den Brüdern in der Türkei.

London, 29. Sept. Die große öffentliche Versammlung in Sanct James Hall nahm abends eine Resolution an, in der erklärt wird: 1. die Regierung in Mace donien und das Wirtliche aller Versuche zur Einführung von Reformen unter türkischer Kontrolle mache es notwendig, daß die direkte Herrschaft des Sultans in den macedonischen Provinzen aufhöre, 2. die von England in dem Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen erfordern, daß England Schritte tue, um der Niedermehlung von Nichtkämpfenden und der gegenwärtig verübten Blünderung Einhalt gebieten und auf die anderen Vertragsmächte zugunsten der oben bezeichneten Politik einwirke, 3. wurde Hilfeleistung zur Abwendung der Hungersnot für dringend notwendig erklärt und die Einsetzung eines Balkan-Komitees verlangt, um Notständen vorzubeugen. Unter den Rednern und Teilnehmern der Versammlung waren alle politischen Parteien und alle religiösen Bekenntnisse vertreten. — Bei der Versammlung, welche unter dem Bischof von Worcester abgehalten wurde, gelangte ein Brief des Erzbischofs von Canterbury zur Verlesung, in dem er erklärte, die Versammlung habe den Willen des gesamten Volkes hinter sich, das entschlossen sei, den ganzen mächtigen Einfluß Englands auszuüben zu dem Ziele der Unterdrückung der Tramei, Raubgier und Mißwirtschaft. Es waren Briefe von Bischöfen und 30 Parlamentsmitgliedern eingelaufen, darunter von Campbell-Bannerman und Grey.

Statistisches.

London, 30. Sept. Der „Morning Post“ zufolge herrscht große Verwirrung im Jalu-Distrikt, wo russische Truppen das koreanische Ufer des Jaluflusses besetzen.

Tschifu, 29. Sept. Eine Räuberbande raubte bei einem Einfall in Tokujan fünfzehn reiche Chinesen, um ein Lösegeld zu erpressen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 30. Sept. Die „Post“ erfährt: Die Witterung, daß der Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, demnächst zurücktreten wolle, wird von unterrichteter Seite als unbegründet bezeichnet.

Berlin, 30. Sept. Die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten erläßt, da die Streikenden die Arbeit mit Ausnahme der auf die Einigung eingegangenen 137 Firmen nicht wieder aufnehmen, heute abend alle Metallarbeiter, etwa 1200.

Berlin, 30. Sept. Infolge des „Omnibusstreiks“ fanden gestern abend abermalige Ausschreitungen statt.

Breslau, 30. Sept. Wie die „Sächsische Ztg.“ meldet, wurden 5 weitere Personen verhaftet, welche an dem Landfriedensbruch in der Laurahütte beteiligt waren. Alle 5 kommen in einer neuen Verhandlung vor das Schwurgericht.

Hünfischen, 30. Sept. Der kürzlich hier ausgebrochene Ausstand im Baugewerbe nimmt einen immer größeren Umfang an. 1400 Arbeiter streiken. Man befürchtet, daß der Ausstand auch auf andere Industriezweige sich ausdehnen wird.

Budapest, 30. Sept. Der Ausstand der Kutscher von Laifuhwerkern nimmt zu. Zwischen den Ausständigen und der Polizei kam es heute zu einem Zusammenstoß. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen, mehrere Arbeiter wurden verletzt.

Rom, 30. Sept. Das hieritale Blatt „Voce della Verita“ erklärt die gestrige Meldung der „Tribuna“, daß der Papst beabsichtige, die Häuser Monte Casino und Cavatirent zu besuchen, für Erfindung.

Rom, 30. Sept. Der „Popolo Romano“ berichtet aus Mailand: Eine Versammlung von 1500 Vertretern des Personals der großen Eisenbahngesellschaften, die infolge der Intervention der Regierung zusammengetreten waren und das Einvernehmen zwischen den seit einigen Tagen Ausständigen der Nordbahngesellschaft und der Direktion dieser Gesellschaft wieder herstellen sollten, lehnten den Antrag ab, in den allgemeinen Ausstand zu treten.

London, 30. Sept. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, Lord Milner sei nummehr das Ministerportefeuille angeboten worden. Er bat sich Bedenkzeit aus. Die Meldung von dem rekonstruierten Ministerium wird nicht vor Anfang der nächsten Woche erwartet.

London, 30. Sept. Sir James Ritchie, ein Bruder des früheren Schatzkanzlers, wurde für das kommende Jahr zum Lordmahor von London gewählt.

Kopenhagen, 30. Sept. Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich von Preußen wurde zum Ritter des Elefantorden, der preussische Generalmajor v. Collani, Kommandeur der 36. Infanteriebrigade in Rendsburg, zum Kommandeur des Danebrogordens erster Klasse, der preussische Oberst Blauel, Kommandeur des 9. Artillerie-Regiments in Jæbøe, und Oberlandesgerichtsrat von der Decken in Kiel, zu Kommandeuren des Danebrogordens zweiter Klasse, Pastor Lorenzen, von der Michaelskirche in Schleswig, zum Ritter des Danebrogordens ernannt.

St. Petersburg, 30. Sept. In der Gesehsammlung wurde gestern ein Gesetz veröffentlicht, nach welchem aus den bisherigen Belagerungsartilleriepark-Batalionen Belagerungsartillerie-Regimenter gebildet werden, je eins in Dvinsk, West-Litowst, Kiow und im Kaukasus. Das 13. Infanterie-Regiment des Transbaikalfalkontingents und eine Transbaikalfalkontingentsbatterie werden nach der Galzbinfel-Kommande verlegt und dort eine eigene ostibirische Kosakenbrigade formiert.

St. Petersburg, 30. Sept. Großfürst Michael Nikolajewitsch ist an akuter Bronchitis erkrankt. Die Bewegungen der gelähmten Körperhälfte zeigen deutliche Besserung, das Allgemeinbefinden ist zufriedenstellend. Die Temperatur ist normal.

Die Temperatur ist normal.

Athen, 30. Sept. Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland reisten gestern nach Darmstadt ab.

New-York, 29. Sept. Nach einer Depesche der „New-York Sun“ aus Colon ist der Präsident von Kolumbien, Marroquin, ermächtigt worden, mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag wegen Erbauung des Panama-Kanals abzuschließen.

Verschiedenes.

Berlin, 30. Sept. Laut „Volkszeitung“ erklärte Oberbürgermeister Kirchner gegenüber einer Abordnung der ausländischen Omnibusfahrer sich bereit, eine Konferenz zwischen der Direktion der Allgemeinen Omnibusgesellschaft und einer Abordnung der Ausständigen zu veranstalten.

Köln, 30. Sept. (Telegr.) Die Dampfahre-Verbindung Warnemünde—Gjedser wurde heute feierlich eröffnet.

Breslau, 29. Sept. Amtlich wird gemeldet, daß über das Grubenunglück auf der Laurahütte am vergangenen Samstag an das Zivilkabinett Seiner Majestät des Kaisers Bericht von dem königlichen Revierbeamten, Jädel, in Kattowitz erstattet wurde. Noch am demselben Abend traf aus Kattowitz ein Telegramm des Flügeladjutanten, Regimentskapitän v. Grumme, ein, in welchem sich der Kaiser teilnehmend nach dem Befinden der Verunglückten erkundigte. Daraufhin wurde dem Kaiser gemeldet, daß, abgesehen von vier Toten, die dem Unfall zum Opfer gefallen seien, bei den Verletzten Hoffnung auf Genesung und völlige Wiederherstellung bestehe. Nach weiterer amtlicher Meldung fand heute morgen eine Befahrung des Nischenschautes durch den Oberberghauptmann Vogel-Breslau und im Anschluß daran die Erörterung der Sachlage statt. Oberberghauptmann Vogel besuchte hierauf der Verwundeten im Knappschachtslazarett.

Klaun i. Voigtl., 30. Sept. Wie der „Voigtländische Anzeiger“ meldet, wütet in Falkenstein seit gestern früh Großfeuer im Stadtteil Oberer Anger. Bis gestern nachmittag waren 10 Häuser niedergebrannt; eine Anzahl weiterer Gebäude stehen in Flammen. Der Schaden ist sehr groß.

Ulm, 29. Sept. Auf das Guldigungstelegramm des evangelischen Bundes an den König von Württemberg ist von diesem aus Friedrichshafen folgende Antwort eingegangen:

Für die mir freundlichst überfandte Begrüßung seitens des evangelischen Bundes spreche ich meinen wärmsten Dank aus und wünsche der Versammlung den besten und einen gesunden Verlauf.

Ulm, 9. Sept. In der heutigen Mitgliederversammlung des Deutschen evangelischen Bundes teilte der Schriftführer, Professor Dr. Witte, im Jahresbericht mit, daß die Mitgliederzahl des Bundes sich im letzten Jahre von 156 000 auf 170 000 gehoben hat.

Wien, 30. Sept. Witterungsmeldungen zufolge, ist in Magensfurt die Sängerin Marie Geisinger gestorben.

Antwerpen, 30. Sept. Der Kongreß für internationales Recht wurde gestern eröffnet. Nach einem Empfang beim Bürgermeister wurde die erste Sitzung unter dem Vorsitze des Staatsministers Verenaert abgehalten.

London, 30. Sept. Charles Dickens' Geburtshaus in Portsmouth wurde gestern, 11. Frank. Ztg., versteigert und von der Stadt Portsmouth für 1125 Pfund Sterling erworben. Das Haus soll in ein Dickens-Museum verwandelt werden.

Boigil (im Osten der Küste von Algerien), 30. Sept. Infolge eines heftigen Unwetters ist der Sumammfluß aus den Ufern getreten und hat mehrere Ortschaften überschwemmt. 10 Eingeborene sind ertrunken; ein Teil des Eisenbahndammes ist zerstört.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 1. Okt. Abt. B. 8. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Hilobol“, Oper in 2 Akten von Treitschke, Musik von L. van Beethoven. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Freitag, 2. Okt. Abt. C. 8. Ab.-Vorst. (Meine Preise.) Zum ersten Male: „Die Diplomatin“, Lustspiel in 3 Akten von Arthur Neff. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Wetter am Dienstag, den 29. September 1903.

Hamburg, Swinemünde, Breslau und Metz ziemlich heiter; Münster, Chemnitz und Würzburg heiter; Neufahrwasser nachmittags Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 30. September 1903, 7 Uhr früh.

Triest bedeckt 19 Grad; Nizza wolfig 16 Grad; Florenz wolkenlos 14 Grad; Rom wolkenlos 14 Grad.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydr.

vom 30. September 1903.

Die Wetterlage ist im wesentlichen die gleiche, wie am Vortag; indem die östliche Hälfte Mitteleuropas von einem barometrischen Maximum bedeckt wird, während im Nordosten des Erdteils eine Depression liegt. In Deutschland ist das Wetter noch heiter oder neblig und warm, nur im Nordwesten ist Trübung eingetreten. Weiteres Anhalten des herrschenden Witterungscharakters ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

September	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in m	Wind	Himmel
28. Nachts 9 ⁰⁰ U.	751.7	14.8	12.0	96	heiter
29. Mrgs. 7 ⁰⁰ U.	752.1	12.0	9.7	94	„
29. Mittags 2 ⁰⁰ U.	751.1	22.8	15.3	74	wolfig
29. Nachts 9 ⁰⁰ U.	752.2	16.0	12.9	96	heiter
30. Mrgs. 7 ⁰⁰ U.	753.7	13.4	10.7	94	„
30. Mittags 2 ⁰⁰ U.	753.7	23.0	15.2	78	„

Höchste Temperatur am 28. September: 21.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 10.5.

Niederschlagsmenge des 28. September: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 29. September: 23.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.5.

Niederschlagsmenge des 29. September: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 29. September: 3.50 m, gefallen 8 cm. — 30. September: 3.47 m, gefallen 3 cm.

Benachrichtigter Redakteur: Julius Kach in Karlsruhe.

